

TAUNUS ZEITUNG
FREITAG, 09.03.2018

Endet ultralockere Geldpolitik bald?

EZB Zinswende rückt in kleinen Schritten näher

Der drohende Handelskonflikt mit den USA und der Wahlsieg europakritischer Kräfte in Italien sorgen für Verunsicherung. Europas Währungshüter lassen sich jedoch nicht beirren.

VON J. BENDER UND F. MARX

Frankfurt. Trotz möglicher Verwerfungen durch einen Handelskonflikt mit den USA tasten sich Europas Währungshüter an einen Ausstieg aus ihrer ultralockeren Geldpolitik heran. Gestern verzichtete die Europäische Zentralbank (EZB) auf die zuletzt übliche Formulierung, dass die Notenbank ihre milliardenschweren Anleihenkäufe ausweiten könnte, sollten sich die Rahmenbedingungen verschlechtern. Volkswirte werten das als Signal zur Vorbereitung der Finanzmärkte auf ein Ende der Geldflut. Die Zentralbank habe nun einen weiteren und auch nötigen Schritt Richtung Ausgang gemacht, erklärte die DZ-Bank. Den Leitzins im Euroraum beließ der EZB-Rat wie erwartet auf dem Rekordtief von null Prozent. Zudem müssen Geschäftsbanken, die Geld bei der Notenbank parken, dafür weiterhin 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen.

Im Oktober hatte die EZB ihr gewaltiges Kaufprogramm für Staats- und Unternehmensanleihen verlängert, das monatliche Volumen von Januar an aber auf 30 Milliarden Euro halbiert. Nach wie vor will die EZB Anleihen bis Ende September 2018 oder länger kaufen – jedenfalls so lange, bis die Entwicklung

der Teuerungsrate mit dem Inflationsziel von knapp zwei Prozent nachhaltig vereinbar ist. Ein Enddatum nannte die EZB weiter nicht.

Volkswirte erwarten, dass die Notenbank bis zum Jahresende schrittweise erst das Anleihenkaufprogramm („QE“) zurückfahren wird. Mit steigenden Zinsen sollten Sparer frühestens 2019 rechnen.

Mit viel billigem Geld versucht die EZB seit Jahren, der Konjunktur auf die Sprünge zu helfen und die Teuerung anzuhetzen. Denn dauerhaft niedrige oder gar sinkende Preise könnten Unternehmen und Verbraucher dazu bringen, Investitionen aufzuschieben – das würde die Konjunktur abwürgen. Zwar ist das Inflationsziel nach wie vor weit entfernt – im Februar fiel die jährliche Teuerung im Euroraum mit 1,2 Prozent auf den niedrigsten Stand seit Dezember 2016. Doch das stärkere Wirtschaftswachstum macht den Währungshütern Hoffnung. Im vergangenen Jahr legte die Wirtschaft im Währungsraum der 19 Länder mit 2,3 Prozent so kräftig zu wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die kurzfristigen Konjunkturaussichten im Euroraum beurteilt die Notenbank optimistischer als noch im Dezember. Für dieses Jahr erwartet die Notenbank ein Wachstum von 2,4 Prozent. 2019 rechnen die Währungshüter mit einer etwas geringeren Jahresteuerung von 1,4 Prozent (Dezember-Prognose 1,5 Prozent).

Besorgt zeigte sich Draghi über die von US-Präsident Donald Trump angekündigten Strafzölle. Zunehmender Protektionismus sei ein Risiko für die Wirtschaft. Differenzen sollten multilateral und nicht im Alleingang angegangen werden. „Wenn man schon Zölle gegen seine Verbündeten erhebt, dann stellt sich doch die Frage: Wer sind die Feinde?“, sagte Draghi.

Erschwert werden könnte die Rückkehr zu geldpolitischer Normalität durch die politischen Ereignisse in Draghis Heimat Italien: Der drittgrößten Volkswirtschaft im Euroraum steht nach dem Sieg europakritischer Kräfte bei der Parlamentswahl eine schwierige Regierungsbildung bevor.

